



Vorlage Nr.: V0118/14
Datum: 26. November 2014

Informationsvorlage

Beratungsfolge

Dienstberatung der Oberbürgermeisterin	nicht öffentlich	zur Information
Ältestenrat	nicht öffentlich	zur Information
Stadtrat	öffentlich	zur Information

Zuständig: GB Allgemeine Verwaltung

Gegenstand:

Information über die Auswirkungen der E-Government-Gesetze des Bundes (EGovG) und des Landes Sachsen (SächsEGovG) auf die Landeshauptstadt Dresden sowie deren Umsetzungsstand und Handlungsbedarf

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt die Auswirkungen der E-Government-Gesetze für die Landeshauptstadt Dresden einschließlich des aktuellen Umsetzungsstandes sowie Handlungsbedarf zur Kenntnis.

bereits gefasste Beschlüsse:

keine

aufzuhebende Beschlüsse:

keine

Finanzielle Auswirkungen/Deckungsnachweis:

Investiv:

Teilfinanzhaushalt/-rechnung:

Projekt/PSP-Element:

Kostenart:

Investitionszeitraum/-jahr:

Einmalige Einzahlungen/Jahr:

Einmalige Auszahlungen/Jahr:

Laufende Einzahlungen/jährlich:

Laufende Auszahlungen/jährlich:

Folgekosten gem. § 12 SächsKomHVO Doppik
(einschließlich Abschreibungen):

Konsumtiv:

Teilergebnishaushalt/-rechnung:

Produkt:

Kostenart:

Einmaliger Ertrag/Jahr:

Einmaliger Aufwand/Jahr:

Laufender Ertrag/jährlich:

Laufender Aufwand/jährlich:

Außerordentlicher Ertrag/Jahr:

Außerordentlicher Aufwand/Jahr:

Deckungsnachweis:

PSP-Element:

Kostenart:

Werte der Anlagenbuchhaltung:

Buchwert:

Verkehrswert:

Bemerkungen:

Begründung:

Die Diskussionen im Rahmen der Einführung von De-Mail-Diensten in der Landeshauptstadt Dresden (LHD) während der letzten Monate über die Notwendigkeit der Dienste hat gezeigt, dass es erforderlich ist, über die Gesetzeslage zu informieren. Der Aufbau von De-Mail-Diensten in der LHD erfolgt zum Beispiel aus der Verpflichtung des SächsEGovG in Verbindung mit dem De-Mail-Gesetz heraus und lässt der LHD deshalb keine Wahl in der Einrichtung dieser Dienste. Da in den E-Government-Gesetzen weitere relevante, umfangreiche Regelungen getroffen wurden, wird im Folgenden eine überblicksartige Information über diese Regelungen sowie deren Umsetzungsstand gegeben.

Die wichtigsten Gesetzesgrundlagen, die die Rahmenbedingungen des ITK-Einsatzes im Öffentlichen Dienst setzen sind:

- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 91c
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)
- Gesetz zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen (SächsVwVfZG)
- Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 18. Juni 2009 (PAuswG)
- Gesetz zur Regelung von De-Mail-Diensten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 28. April 2011 (De-Mail-G)
- Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juli 2013 (EGovG)
- Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013 (FördEIRV)
- Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen vom 9. Juli 2014 (SächsEGovG)
- Gesetz über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen (Informationsweiterverwendungsgesetz - IWG) – derzeit in Überarbeitung hinsichtlich der Vorgaben der EU-Richtlinie 2013/37/EU
- „Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG“ (eIDAS VO Nr. 910/2014)

Im Weiteren wird insbesondere auf die Erfordernisse aus den beiden E-Government-Gesetzen eingegangen, die in Verbindung mit den anderen Gesetzen für die LHD wirken.

Die folgende Tabelle zeigt im Überblick die Anforderungen aus den E-Government-Gesetzen und den Umsetzungsstand in der LHD. Die detaillierten Ausführungen zu den Erfordernissen aus beiden E-Government-Gesetzen sowie deren Umsetzungsstand in der LHD ist in den Anlagen 1 bis 3 detailliert und nach Paragraphen geordnet aufgeführt.

Die Umsetzungsverpflichtungen/-empfehlungen für die LHD im Überblick

Verpflichtung	Pflicht durch*/ bis (EGovG/SächsEGovG)	Umsetzungsstand LHD
Elektronische Zugangseröffnung, auch mit qualifizierter elektronischer Signatur	EGovG*/ 01.07.2014 SächsEGovG*/ 09.08.2016	Realisiert
De-Mail	EGovG/ 01.07.2014 SächsEGovG*/ 09.08.2016	Realisiert
eID Einsatz / neuer Personalausweis	EGovG/ 01.08.2013 SächsEGovG*/ 09.08.2016	In Arbeit / Pilotphase (Dienst verfügbar)
E-Payment	EGovG*/ 01.08.2013 SächsEGovG*/ 09.08.2014	In Arbeit / Pilotphase (Dienst verfügbar) Anforderungen aus EGovG erfüllt.
Annahme elektronischer Nachweise/ Dokumente	EGovG/ 01.08.2013	In Arbeit / Roll Out (Dienst verfügbar) Anforderungen aus EGovG erfüllt.
Selbstbeschaffung elektronischer Dokumente durch Behörde	EGovG/ 01.08.2013	Realisiert (technisch), derzeit Prüfung, ob organisatorische Regelungen für die LHD erforderlich
Open Data maschinenlesbar	EGovG*/ 01.08.2013	In Arbeit / Pilotphase (Vermessung/Statistik) Anforderungen aus EGovG erfüllt.
Georeferenzierung von Registern	EGovG*/ 01.01.2015	In Arbeit (betrifft Register, die neu aufgebaut oder überarbeitet werden)
Amtliche Bekanntmachungen elektronisch	EGovG/ SächsEGovG/ keine terminliche Verpflichtung	In Teilen realisiert
Elektronische Bereitstellung von Verwaltungsinformationen	EGovG/ keine terminliche Verpflichtung SächsEGovG*/ 09.08.2014	Realisiert (Ifd. Ausbau Beauskunftungssysteme)
Elektronische Aktenführung	SächsEGovG/ keine terminliche Verpflichtung	In Arbeit / Pilotphase (EB IT und elektr. Rechnungseingang)
Prozessoptimierungen	Empfohlen, aber keine Verpflichtung für Kommunen	In Arbeit (Ifd. Aufgabe Amt 10.2 und Aufbau Prozessregister)
Tracking-Funktionen (Auskunft über Arbeitsstand von einzelnen Verwaltungsvorgängen)	Empfohlen, aber keine Verpflichtung für Kommunen	In Arbeit/ Pilotphase (Bürgeramt - Personalausweis)
Interoperabilität und Informationssicherheit (Datenschutz- und Informationssicherheitskonzepte)	SächsEGovG*/ 09.08.2014	Erstellung in Projekten für neu eingeführte/angepasste Verfahren
Verschlüsselte Kommunikation	SächsEGovG*/ 09.08.2014	Für einzelne Anwendungen im Einsatz, Ausweitung in Arbeit

* Verpflichtungen, welche sich aus dem (Bundes-)EGovG ergeben, beziehen sich auf Leistungen der LHD für Bundesangelegenheiten. Die Ausdehnung des Dienstes auf die übrigen Leistungen ist durch die Pflicht der Vorhaltung des Dienstes jedoch sinnvoll.

Strategische Grundlagen für die Etablierung der ITK-gestützten Verwaltung in der LHD

Für die durchgehende ITK-Unterstützung schaffen die E-Government-Gesetze die Rahmenbedingungen. Im technischen Sinne müssen entsprechende Strukturen geschaffen werden, die den Erfordernissen Genüge leisten und eine gemeinsame technische Basis für die Organisationseinheiten der LHD bietet, um ein einheitliches Verwaltungshandeln nach innen und außen gewährleisten zu können. Die weithin vorhandenen Fachverfahren in den Ämtern, in welchen die fachspezifische Verwaltungsarbeit unterstützt wird, sind hinsichtlich der Anbindung an die unten dargestellte technische Basis zu berücksichtigen, werden aber in dieser Informationsvorlage nicht gesondert dargestellt.

Im Zuge der Umsetzung der E-Government-Strategie der LHD und der IT-Strategie wurden in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Basiskomponenten aufgebaut und etabliert:

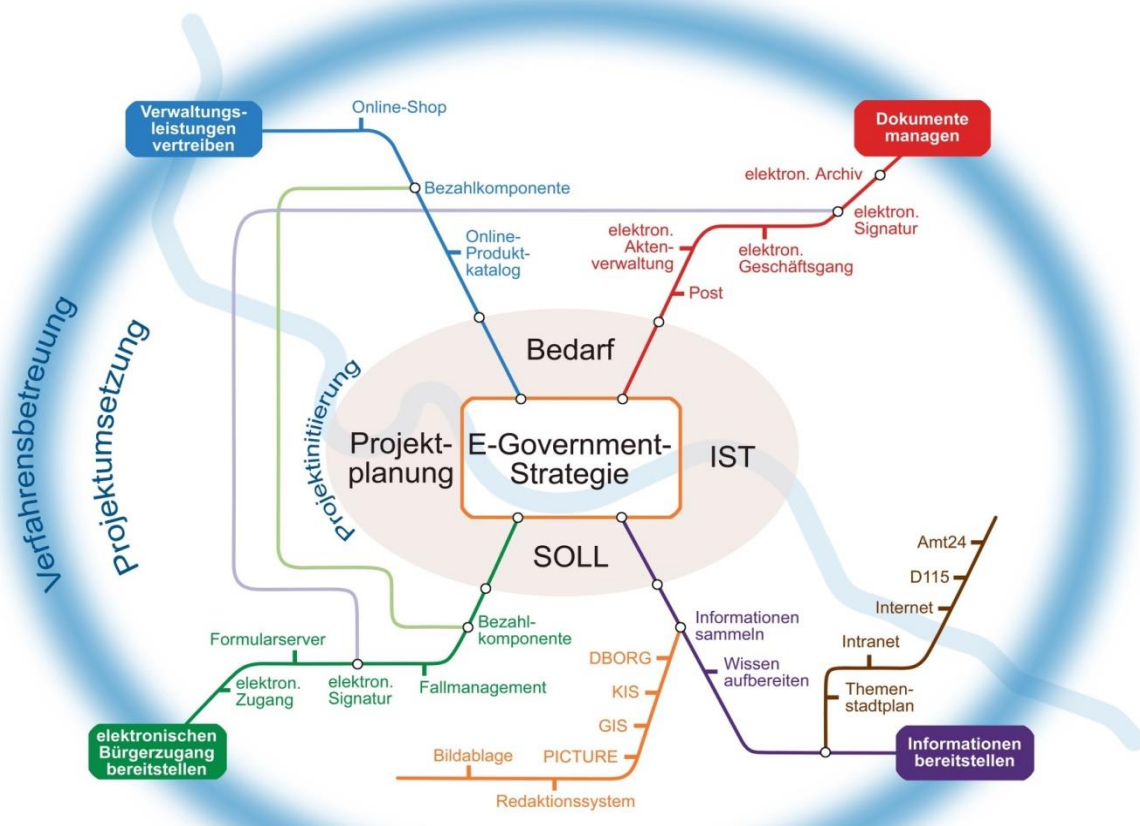


Abbildung 1: relevante Bereiche und notwendige technische Basiskomponenten für ITK-gestützte Verwaltungsarbeit

Diese gilt es weiterhin auszubauen und weiterzuentwickeln, um den sich aus den gesetzlichen Regelungen ergebenden Anforderungen vollständig genügen zu können. Die nachfolgenden Tabellen geben eine kurze Erläuterung zu den einzelnen Bausteinen. Die Ausweisung der Ziffern „(1) Ausbau erforderlich, (2) Neu bereitstellen“ zeigt den Handlungsbedarf für die ITK-Entwicklung in der LHD auf, der im darauffolgenden Abschnitt nochmals übersichtlich zusammengefasst wird.

Informationen bereitstellen

Umfasst das Sammeln von Informationen aus mehreren vorhandenen Systemen, dessen Aufbereitung und Bereitstellung zur Nutzung. Dabei sind Mehrfacherfassung zu vermeiden und immer ein aktueller Informationsbestand zu gewährleisten.

Informationen sammeln

Basiskomponente	Erläuterung
Picture Prozessregister (1)	Wissensbasis für Prozess- und Verwaltungsinformationen
Bildablage	Digitale Bilddaten
GIS-Infrastruktur	Aktuelle Informationen mit Raumbezug in Geodatenbasis Cardo
KIS	Aktuelle Basisdaten verschiedener Ämter
DB Org	Aktuelle Organisationsdaten

Informationen aufbereiten

Basiskomponente	Erläuterung
Internet-Redaktionssystem Infosite (1)	Pflege von Inhalten für das Internet-Informationsportal dresden.de
Themenstadtplan	Ortsbezogene Fachinformation aus GIS-Geodatenbasis
Intranet-Redaktionssystem Basis Notes	Pflege von Inhalten für das Intranet-Informationsportal MIS

Informationen bereitstellen

Basiskomponente	Erläuterung
Mitarbeiterportal im Intranet (MIS)	Informationsportal für Verwaltungsmitarbeiter/innen
Internetportal dresden.de	Informationsportal für Zielgruppen der Verwaltung
D115-Wissensbasis	Verwaltungsinformationen für Beauskuntungen im D115-Callcenter
Amt24 Zuständigkeitsfinder	Verwaltungsinformationen für das Internet-Portal Sachsen.de

Dokumente managen

Umfasst die elektronische Postbearbeitung, Aktenverwaltung, den elektronischen Geschäftsgang und langfristige elektronische Archivierung

Dokumente empfangen

Basiskomponente	Erläuterung
eBüro Basis Notes	Elektronischer Posteingang und Posterfassung

(auch über -> Zugang gewährleisten)

Dokumente erfassen

Basiskomponente	Erläuterung
Massenscan (2)	Ersetzendes Scannen von großen Dokumentenbeständen

Elektronischer Workflow (1)

Basiskomponente	Erläuterung
Picture	Prozesswissen für Abläufe
EDVAS/Opentext Domea	Elektronische Aktenverwaltung und Geschäftsgang
eBüro	Posteingangsbearbeitung
Fachanwendungen	Empfang von vorgangsbezogenen Informationen und deren Bearbeitung

Dokumente archivieren

Basiskomponente	Erläuterung
Elektronisches Archiv (DOXIS) (1)	Zwischenarchiv für elektronische Dokumente und Informationen
Elektronisches Beweiswertarchiv (DOXIS/BOS) (1)	Archiv für rechtssichere elektronische Dokumente mit qualifizierter Signatur bzw. De-Mail-Nachrichten
OAIS-Archiv (2)	Langzeitarchiv für elektronische Dokumente und Informationen

Elektronischen Bürgerzugang bereitstellen

Umfasst den sicheren elektronische Zugang für Bürger und Unternehmen zur LHD für die elektronische Kommunikation unter Wahrung der Vorschriften zur rechtssicheren elektronischen Schriftform

Zugang gewährleisten

Basiskomponente	Erläuterung
E-Mail-Zugang	E-Mail-Infrastruktur Notes-Mail
qualifizierte elektronische Signatur	Governikus Signatur- und Prüfanwendung und -dienste
De-Mail (1)	De-Mail-Dienste der Telekom (Pilot)
nPA-Identifizierung	Zur Nutzung des nPA in elektronischen Prozessen (nPA-Dienste BOS Bremen)
Bürgeraccount (2)	Antragsportal mit integrierter nPA-Identitätsfunktion und qualifizierter Signatur - EGov-Center DZBW
Formularbereitstellung und Fallmanagement (1)	cit Intelliform Formularserver und Fallmanagement

Sichere vertrauliche Kommunikation

Basiskomponente	Erläuterung
Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP)	Austauschplattform zur Versendung und Empfang elektronischer qualifiziert signierter Dokumente insbesondere mit Gerichten
Sichere E-Mail, Secure Mail Gateway (SMGW)	Sichere Mail-Infrastruktur
Verschlüsselung (1)	Netzwerk- und Inhaltsverschlüsselung
Kollaborationsplattform (2)	Sichere Austauschplattform für elektronische Dateien

(auch De-Mail- und nPA-Dienste sowie Bürgeraccount)

Verwaltungsleistungen vertreiben

Umfasst Basissysteme zum kostenfreien und kostenpflichtigen Vertrieb konfektionierter Produkte der Fachämter unter optionaler Nutzung der elektronischen Bezahlungsfunktion

Verwaltungsleistungen aufbereiten

Basiskomponente	Erläuterung
Online-Produktkatalog (1)	Präsentation und Darstellung der zu vertreibenden Produkte und Dienstleistungen durch Fachämter
Open-Data-Plattform (2)	Abgabe maschinenlesbarer Verwaltungsdaten auf einer eigenen Plattform
Online-Shop (1)	Verkaufsplattform für Bürger und Unternehmen

Verwaltungsleistungen bezahlen

Basiskomponente	Erläuterung
Bezahlkomponente	Elektronische Bezahlungsmöglichkeiten

Wesentlichster Handlungsbedarf, gegliedert nach den relevanten Bereichen

Für die weitere notwendige Umsetzung der IT-gestützten Verwaltung sind fünf unmittelbare Handlungsbedarfe gegeben. Für diese Handlungsbedarfe existieren zum Teil bereits laufende Projekte für alle Weiteren sind gesonderte Vorlagen zur Realisierung einzubringen oder bereits im Geschäftsgang.

Informationen bereitstellen

H 1. Umsetzung des Relaunches von „dresden.de“

Die zentrale Internetplattform der LHD wird mit einem neuen Design und Vermarktungskonzept überarbeitet. Die technische Realisierung wird durch den Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen durchgeführt. Eine bessere und flexiblere Integration an innerstädtische Informations- und Transaktionssysteme durch ein einheitliches Antragsystem (Bürgeraccount) ist vorgesehen.

Aktueller Stand: laufendes Projekt, Zieltermin: 7/2015 für Phase I, Fortsetzung bis 2016

H 2. Erweiterung des Prozessregisters auf alle wichtigen (Verwaltungs-) Prozesse/Abläufe

Die LHD betreibt eine zentrale Informationsbasis für relevante Ablaufinformationen (Prozesse), deren Rechtsgrundlagen und beteiligten Organisationseinheiten. Diese Informationsbasis ist Grundlage für eine transparente und schnelle Beauskunftung des Verwaltungshandeln der LHD und wird als Informationsquelle unter anderem für dresden.de, D115, den Einheitlichen Ansprechpartner lt. EUDLR sowie den Wirtschaftsservice Dresden eingesetzt. Des Weiteren ist eine vollständige Informationsbasis für Prozessinformationen eine Voraussetzung für eine amtsübergreifende Optimierung des Verwaltungshandelns sowie der Überprüfung geeigneter Controllingstrukturen für die Abläufe. Derzeit sind über 3.000 Prozesse in der Datenbank identifiziert. Diese Basis muss systematisch qualifiziert, ergänzt und nachhaltig gepflegt werden.

Aktueller Stand: Konzipierung eines entsprechenden Vorgehens

Dokumente managen

H 3. Roll Out der elektronischen Aktenverwaltung und des elektronischen Geschäftsganges an alle Verwaltungsarbeitsplätze in der LHD

Die LHD betreibt ein Dokumentenmanagementsystem an derzeit ca. 450 angeschlossenen Arbeitsplätzen in der Verwaltung. Mit dem Anschluss sämtlicher, elektronischer Verwaltungsarbeitsplätze (schätzungsweise 5.000) an das Dokumentenmanagementsystem können über 150 unterschiedliche, verwaltungsinterne, dokumentenbasierte Vorgangsarten mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung elektronisch durchgeführt werden. Diese Umsetzung ist gleichzeitig die Voraussetzung eines „Trackings“ von konkreten Verwaltungsvorgängen. Das Aufsetzen eines Dokumentenmanagementsystems ist eng mit der Einbettung in die bestehende Systemlandschaft verbunden. Dafür ist eine geeignete IT-Architektur aufzubauen, die vor- und nachgelagerte, unterstützende Systeme und Fachanwendungen integriert.

Aktueller Stand: Beschlussvorlage in Vorbereitung

H 4. Erweiterung des elektronischen Archives der LHD

Die notwendigen Voraussetzungen für die elektronische Archivierung in der LHD sind bisher nicht in ausreichendem Maße geschaffen worden. Um die archivgesetzliche Pflichtaufgabe der elektronischen Archivierung erfüllen zu können, muss die LHD ein OAIS-konformes elektronisches Stadtarchiv (Offenes Archiv-Informationssystem) nach den notwendigen technischen Standards ISO 14721, DIN 31644 und DIN 31645 einrichten.

Aktueller Stand: Beschlussvorlage im Geschäftsgang (Federführung GB 4)

Elektronischen Bürgerzugang bereitstellen und Verwaltungsleistungen vertreibenH 5. Umsetzung des Antragsportal Bürgeraccount und Roll Out auf alle Verwaltungsverfahren in der LHD

Die LHD arbeitet derzeit an einem Projekt zur Etablierung eines „Bürgeraccounts“. Mit diesem „Konto“ wird ein zentraler Zugang zu Verwaltungsleistungen realisiert. Die Bürger haben unterschiedliche Möglichkeiten der Authentifizierung (u. a. „Bürgerbüro-Ident“, nPA), der Signatur (De-Mail, nPA, qual. elektronische Signatur) sowie der Bezahlung (ePayment). Somit hat jeder Bürger einen übersichtlichen und für alle Verwaltungsleistungen gleichartig zu bedienenden Zugang zu den unterschiedlichen Verwaltungsleistungen der LHD. Beim weiteren Ausbau sind die Anforderungen, die sich z. B. auch aus der Richtlinie „Verordnung für elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen“ (eIDAS) ergeben, zu berücksichtigen.

Aktueller Stand: laufendes Projekt / Zieltermin: 12/2014 (als Förderprojekt unter Einbeziehung von 30 Verwaltungsverfahren in der Umsetzung)

Anlagenverzeichnis:

- Anlage 1: Übersicht EGovG Art. 1 - 7
- Anlage 2: Übersicht EGovG Art. 9 - 29
- Anlage 3: Übersicht SächsEGovG

Helma Orosz